

„Zukunft Deutschland“

Mehr Investitionen in Staat und Wirtschaft notwendig



DR. OTTO WIESHEU

Wirtschaftsbilanz 2014

Die Wirtschaftsbilanz Deutschlands 2014 ist besser ausgefallen als von den meisten Konjunkturauguren Ende des letzten Jahres noch prognostiziert. Um 1,5 Prozent ist die gesamtwirtschaftliche Leistung preisbereinigt gewachsen, nachdem sie in den beiden Vorjahren kaum noch zugelegt hatte. Offenkundig ist es der Wirtschaft gelungen, die leichte Schwächephase im Sommer zu überwinden. Nicht nur das Auslandsgeschäft hat zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Mehr noch hat die Binnennachfrage auf ganzer Breite für positive Impulse gesorgt. Eine der besonders positiven Begleiterscheinungen: Der Bundeshaushalt war bereits 2014 in den schwarzen Zahlen – ein Jahr früher als geplant und zum ersten Mal seit 1969 (!), als der Bundfinanzminister Franz Josef Strauß hieß. Bayern wird

auch im zurückliegenden Jahr wie schon zuvor einer der Wachstumsmotoren gewesen sein. Dafür sprechen u.a. die hervorragenden Arbeitsmarktzahlen. Über 5 Mio. sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und gut 7 Mio. Erwerbstätige markieren neue Spitzenwerte. Ebenso Zahlungen von 4,85 Mrd. Euro in den Länderfinanzausgleich – die höchste Summe, die von einem Land jemals aufgebracht worden ist.

2015 – Bleibende und neue Herausforderungen

So erfreulich diese Momentaufnahme ist: Sie kann nicht automatisch fortgeschrieben werden. Wir haben keinerlei Veranlassung, uns auf den erreichten Erfolgen auszuruhen. Exportförderung durch einen von der EZB immer weiter verbilligten Euro ersetzt nirgendwo in Europa unbequeme strukturelle Reformpolitik. Wir wären auch schlecht beraten, uns nur auf das Konjunkturprogramm zu verlassen, das uns der Verfall der Ölpreise unerwartet beschert hat. Dazu ist zu vieles im Umbruch. Wie zu allen Zeiten werden neue Herausforderungen heraufziehen, die heute noch niemand auf dem Radarschirm hat. Aber auch bekannte Probleme werden uns in den kommenden Jahren begleiten.

- Ich verweise nur auf den demografischen Wandel, der unerbittlich seinen Lauf nimmt. Deutschland gehört zu den am schnellsten alternden Ländern der Welt. Es dauert nur noch rd. 15 Jahre, bis die 64er, der geburtenstärkste Jahrgang, das Rentenalter erreicht haben. Das bedeutet Millionen zusätzlicher Rentner, wäh-

rend mit dem Pillenknick das Potential an Erwerbsfähigen um Millionen abnimmt – mit weitreichenden Konsequenzen, angefangen bei der Finanzierung des Rentensystems bis hin zur Bedienung der Staatsschuld.

- Der Strukturwandel wird sich nicht im Geringsten verlangsamen, sondern eher weiter beschleunigen. Vor allem die Digitalisierung der Wirtschaft auf großer Breite sorgt dafür, dass Geschäftsmodelle und ganze Branchen von heute auf morgen vor große Herausforderungen gestellt werden oder internationalem Konkurrenzdruck nicht mehr standhalten. Die jüngere Wirtschaftsgeschichte kennt dafür bereits zahlreiche Beispiele.

- Der globale Wettbewerb geht unvermindert weiter. Die USA haben sich, beflügelt von niedrigen Energiepreisen, als Industriestandort machtvoll auf der Weltbühne zurück gemeldet – „Fracking sei Dank“. Fernost gibt sich schon längst nicht mehr mit der Rolle des Billigproduzenten zufrieden, sondern strebt auch in der Hochtechnologie Führungspositionen an.

Zukunft gewinnen durch Investitionen

Auf solche Entwicklungen müssen auch in Zukunft offensive Antworten gegeben werden. Zukunft gewinnt, wer den Fortschritt aktiv gestaltet, wer die „schöpferische Zerstörung“, die Gutes durch Besseres ersetzt, nicht erleidet, sondern selbst kraftvoll vorantreibt. Der Schlüssel dafür liegt in den Investitionen. Wir brauchen davon mehr denn je: Investitionen, mit denen Pro- >> Seite 2



„Wenn jemand ab dem Tag der Urteilsverkündung die derzeitigen Verschonungsregelungen exzessiv ausnutzt, dann gilt kein Vertrauensschutz.“
(BVerfG, Urteil vom 17.12.2014)

In diesem Fall kann der Gesetzgeber rückwirkend die Verschonungsregelungen für bestimmte Konstellationen versagen. Bis zum 30.06.2016 gilt das

aktuelle Erbrecht und Unternehmer haben die Möglichkeit, die Nachfolge nach geltendem Recht steuverschonend und rechtssicher zu regeln. Die Beratung der Kanzlei STEINPICHLER konzentriert sich auf das Recht der **Unternehmensnachfolge**. Wir beraten Sie gerne mit unserem Expertenteam!

STEINPICHLER
RECHTSANWÄLTE PARTNERSCHAFT
STEINPICHLER Rechtsanwälte
Partnerschaftsgesellschaft mbB
Ottostraße 8 – Palais am Lenbachplatz
80333 München | Tel.: 089 / 212 68 52-0
info@steinpichler.de | www.steinpichler.de

duktinnovationen und neue Produktionsverfahren in den Betrieben umgesetzt und eingeführt werden, Investitionen in Unternehmensgründungen, in die Erschließung neuer Märkte, in das Wissen und Können der Arbeitnehmer, aber auch Investitionen in die produktive Infrastruktur. Investitionen sichern und stärken die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und unseres Landes. Investitionen sind die Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze, für quantitatives und qualitatives Wachstum. Sie sorgen für den Wohlstand von morgen. Da, wo nicht mehr kraftvoll investiert wird, droht schleichtender Abstieg. Verantwortungsvolles Handeln in Wirtschaft und Politik lebt deshalb nicht von der Hand in den Mund. Es wahrt die Balance zwischen Gegenwartsverbrauch und Investitionen in die Zukunftssicherung.

Privatinitiative als Motor

Im Wettbewerb und Wandel erfolgreich zu bestehen, ist und bleibt in unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft primär Aufgabe der Unternehmer. Auf ihre Bereitschaft und Fähigkeit, Risiken einzugehen und zu investieren, kommt es entscheidend an. Ihr Mut ist gefragt, wenn es darum geht, „Durchbruchinnovationen“ zu wagen, auf „disruptive“ Veränderungen zu setzen und völlig neue, unbekannte Wege zu gehen, die sich am Ende am Markt durchsetzen. Bayern, Deutschland, Europa brauchen vermehrt solche Unternehmer, Investoren und Risikokapitalgeber, wenn sie mit der Dynamik von Hochtechnologieeregionen wie dem Silicon Valley mithalten wollen. Das Heil liegt nicht in „Reverstaatlichung“ oder „Rekommunalisierung“ von Wirtschaftsaktivitäten, wie sie gegenwärtig als falsche Antwort auf die Finanzkrise von manchen propagiert werden. Der Staat hat sich darauf zu konzentrieren, für einen investitions- und damit wirtschaftsfreundlichen Rahmen zu sorgen.

Investitionsklima verbessern

Trotz der leichten Zuwächse bei den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im letzten Jahr ist festzustellen: Es wird seit langem zu wenig investiert in Deutschland. Wir sind dabei, von der Substanz zu leben. Nachdem sich die Große Koalition bislang primär sozialpolitischen Maßnahmen wie der

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns oder der Rente mit 63 gewidmet hat, muss sie deshalb jetzt nachhaltig in den „Investitions- und Wachstumsmodus“ umschalten. Ich beschränke mich auf einige wenige zentrale Punkte:

- Grundvoraussetzung für ein positives Investitionsklima sind Verlässlichkeit und Berechenbarkeit der Politik. Umso schwerer wiegt derzeit als größter Unsicherheitsfaktor die deutsche Energiepolitik. Fast vier Jahre nach Fukushima sind zentrale Fragen der Energiewende noch offen. Investitionsattentismus greift deshalb um sich. In den energieintensiven Industrien sind zuletzt nur noch 80 Prozent der Abschreibungen reinvestiert worden. Großinvestitionen wandern an Auslandsstandorte ab. Der Handlungsbedarf ist groß. Das gilt für die Bereitstellung der nötigen fossilen Reservekapazitäten in windschwachen und sonnenarmen Zeiten. Es geht daneben darum, ein Strommarktdesign zu etablieren, das den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich billiger macht. Und für den unabdingbaren Ausbau der Netze müssen noch in diesem Jahr die Weichen gestellt werden. Desinvestieren heißt deindustrialisieren. Dazu darf es nicht kommen.

- Für den Mittelstand, das viel beschworene Rückgrat unserer Wirtschaft, sind ausreichende unternehmerische Freiräume wichtig, wenn er die Lust am Investieren nicht verlieren soll. Er darf nicht durch ausufernde Bürokratie belastet und eingeeengt werden, die ihn davon abhält, sich um seine Kernaufgaben zu kümmern. Was sind die ganzen Bürokratieabbaurunden wert, die immer wieder neu gestartet werden, wenn den Unternehmen mit dem ohnehin problematischen gesetzlichen Mindestlohn jetzt auch noch exzessive Aufzeichnungspflichten bei den Arbeitszeiten auferlegt werden. Mittelstandsfreundlicher wäre es, den Fälligkeitstermin für die Abführung der Sozialversicherungsbeiträge wieder auf den Folgemonat zu verlegen.

- Die Finanzierungsspielräume, die sich in den kommenden Jahren eröffnen, müssen auch für gezielte steuerliche Investitions- und Innovationsanreize genutzt werden.

Neben der Bekämpfung der Kalten Progression plädiere ich deshalb seit langem für die Wiedereinführung der degressiven Afa, für einen Steuerbonus auf F&E-Aufwendungen, für die bessere steuerliche Förderung von Wagniskapital. All diese Maßnahmen sorgen für mehr Dynamik, sie besitzen zudem einen hohen Selbstfinanzierungsgrad.

- Nicht zuletzt müssen die staatlichen Investitionen in die gesamtwirtschaftlich produktive Infrastruktur auf ein deutlich höheres Niveau gebracht und dort verstetigt werden – Investitionen in die schulische, berufliche und akademische Bildung und Weiterbildung ebenso wie Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Technologietransfer. Die weitere Steigerung der Produktivität ist eine der Hauptantworten auf die Herausforderungen, die vor uns liegen. Der neue Bundesverkehrswegeplan muss mehr sein als ein Wunschkatalog. Höhere Mittel für den Bestandserhalt, den Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur müssen deshalb hinzukommen – allein schon um unsere Stellung als eines der führenden Exportländer abzusichern. Ohne flächendeckendes schnelles Internet zudem kein flächendeckender digitaler Aufbruch. Der Freistaat setzt hier mit seinem 1,5 Mrd.-Programm Maßstäbe!

Investitionsfreudige Gesellschaft

Am Ende brauchen wir auch in der Gesellschaft breite Aufgeschlossenheit und Unterstützung für Investitionen. Unübersehbar hat – auch aufgrund der positiven Wirtschaftslage – eine gewisse Satttheit das Land ergriffen. Vor allem große Projekte stoßen immer häufiger auf massive Widerstände. Auch wenn dies die Vorboten einer alternativen Gesellschaft sein mögen, die das Risiko scheut und deren Veränderungsbereitschaft zunehmend abnimmt: Akzeptieren können und dürfen wir eine solche Entwicklung nicht. Wohlstand und Soziale Sicherheit ohne Innovationen und Investitionen gibt es auch in Zukunft nicht!



DR. OTTO WIESHEU
Präsident

Impressum:

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel.: 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, **V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 15.01.2015, **Gesamtproduktion, Anzeigen:** ddmedia Medien- und Marketingdienstleistungen, www.ddmedia.info

Anzeigen im
KOMPASS
bringen
Kontakte!

Die Mediadaten (PDF-Dokument) für Ihre Anzeigenschaltung/en laden Sie einfach im Internet herunter. Geben Sie: <https://db.tt/NQF3siON> in Ihren Browser ein und starten Sie den Download!



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

Ich hoffe, Sie alle sind gut und erfolgreich in das neue Jahr gestartet. Kurz vor Maria Lichtmess darf ich Ihnen, Ihren Angehörigen und Mitarbeitern noch einmal unsere besten Wünsche für 2015 übermitteln. Unser Jahresprogramm soll seinen Beitrag dazu leisten. Wir wollen Sie auch in diesem Jahr über aktuelle politische Entwicklungen aus erster Hand informieren. Sie sollen bei den Veranstaltungen in den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken vielfältige Gelegenheiten erhalten, mit Mandatsträgern aller Ebenen zu diskutieren und Ihre Anliegen an diese heranzutragen. Das persönliche „Netzwerken“ soll ebenfalls nicht zu kurz kommen. Und wir werden natürlich auch im neuen Jahr bestrebt sein, gesamtwirtschaftliche Interessen gegenüber der Politik in Land, Bund, EU und Kommunen auf unterschiedlichen Wegen konstruktiv zu vertreten.

Die größte wirtschaftspolitische Herausforderung ist derzeit die weitere Gestaltung der Energiewende. Auch im vierten Jahr nach der Entscheidung, in Deutschland bis 2022 alle Kernkraftwerke abzuschalten, bewegen wir uns noch nicht auf einem stabilen Ausstiegspfad. Bei den Erneuerbaren hat es zwar dank Einspeisevorrang und großzügiger Förderung durch das EEG teilweise einen überplanmäßigen Zubau gegeben. Zentrale Fragen wie der Netzausbau, die Bereitstellung von ausreichenden fossilen Reservekapazitäten auch bei „Dunkelflauten“ oder das künftige Design des Förderregimes sind aber noch offen. Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hat deshalb am 3. November des letzten Jahres unter Beteiligung der Wirtschaft und vieler anderer gesellschaftlicher Gruppen den „Energiedialog Bayern“ gestartet. In vielen Arbeitsgruppensitzungen sind all diese Themen intensiv diskutiert worden. Im Februar sollen sie zu einem tragfähigen bayerischen Konzept gebündelt und in den Grünbuchprozess des Bundes zum weiteren Vorgehen in der Energiepolitik eingespeist werden.

Armin Geiß, der Vorsitzende unseres Energieausschusses, hat den Wirtschaftsbeirat bei diesem Dialog auf der Basis langjähriger Erfahrung in der Energiewirtschaft und in der Energiepolitik kompetent vertreten. Unterstützt durch einen kleinen Kreis von Experten hat er ein Positionspapier formuliert, das den Weg zu einer stabilen Stromversorgung in Bayern auch in Zukunft skizziert. Es ist ein konstruktives Papier. Sie finden es auf unserer Homepage www.wbu.de auf der Startseite zum Download bereit. Ich darf es Ihnen zur Lektüre empfehlen.

Natürlich werden uns auch viele andere Themen beschäftigen. Dr. Wiesheu hat in seinem traditionellen Leitartikel zu Beginn

des Jahres eine ganz Reihe benannt. Auch wenn wir mit mehr konjunkturellem Schwung 2015 begonnen haben, als von fast allen Experten vorhergesagt, dürfen wir nicht davon ausgehen, dass dies automatisch so bleibt. Die Wirtschaft lebt von immer neuen Impulsen. Wer rastet, der rostet. Unser wirtschaftspolitisches Credo wird deshalb auch 2015 lauten: Zukunft lässt sich nur durch offensive Antworten auf Wettbewerb und Wandel gewinnen. „Nein danke hier, nein danke da, nein danke dort“ führt auf den Holzweg. Bedenkenträgerei war noch nie der Schlüssel zum Erfolg. Jeder Unternehmer weiß: Da, wo Chancen bei kalkuliertem Mut zum Risiko nicht ergriffen werden, da winkt auch kein Gewinn.

Lassen Sie mich am Ende noch eine organisatorische Bitte äußern: Unsere Zinserträge auf sichere Finanzanlagen gehen seit Jahren immer weiter zurück. Grund: die Politik des extrem leichten Geldes der EZB, die mit dem Beschluss vom 22. Januar, Staatsanleihen im Umfang von 1,14 Billionen Euro zu kaufen, eine neue historische Dimension erreicht hat. Eine Zinswende ist in absehbarer Zeit nicht erkennbar. Wir müssen deshalb jeden Euro zweimal umdrehen. U.a. gilt das für unseren Einladungsversand. Mit der überwiegenden Mehrzahl unserer Mitglieder kommunizieren wir mittlerweile kostengünstig elektronisch. In den nächsten Wochen werden wir alle Mitglieder, mit denen dies noch nicht möglich ist, bitten, uns ebenfalls ihre E-Mail Adressen mitzuteilen. Das spart Zeit und Geld. Wenn gewünscht, verschicken wir die Einladungen aber natürlich auch weiter per Post.

Herzlichst
Ihr **Jürgen Hofmann**



**Kaffeemaschinen
Kaffeeautomaten
Snackautomaten
Getränkeautomaten
Fotoautomaten**



zoells.de GmbH
rund um die Uhr



**Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390**



PROF. DR. TIMO WOLLMERSHÄUSER

Stagnation im Sommerhalbjahr 2014

Die Konjunktur in Deutschland hat sich im Verlauf des Jahres 2014 deutlich abgekühlt. Zum Jahresauftakt hatte das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer laufenden Rate von 0,8 Prozent dynamisch zugelegt. Allerdings war die gesamtwirtschaftliche Produktion durch mildes Winterwetter begünstigt gewesen; dies hatte die Wertschöpfung im Bau und in anderen witterungsabhängigen Sektoren besonders angeregt. In den Frühjahrsmonaten sank dann aber die gesamtwirtschaftliche Produktion. Zwar war für das zweite Vierteljahr durchaus mit einem verringerten Expansionstempo gerechnet worden, weil der Vorquartalsvergleich aufgrund des vorangegangenen positiven Witterungseffekts unterzeichnet sein musste. Das Minus indiziert jedoch, dass sich auch die konjunkturelle Grundtendenz im Vergleich zum Winter abgeschwächt hatte. Die Dämpfung hielt im dritten Vierteljahr an; die gesamtwirtschaftliche Produktion ist kaum gestiegen. Per Saldo hat das reale Bruttoinlandsprodukt im Sommerhalbjahr 2014 stagniert.

Zur Abschwächung der deutschen Konjunktur hat einmal beigetragen, dass sich die Unternehmen seit dem Frühjahr bei der Neuanschaffung von Ausrüstungsgütern zunehmend zurückgehalten haben. Die Geschäftsperspektiven der Unternehmen haben sich seit Jahresanfang 2014 eingetrübt, wozu nicht nur die wirtschaftlichen Risiken in der Welt und im Euroraum beigetragen haben, sondern auch kostenträchtige und beschäftigungsdämpfende Reformprojekte der Bundesregierung. Auch die Bauinvestitionen sind im Sommerhalbjahr 2014 gesunken. Waren hierfür in den Frühjahrsmonaten Rückpralleffekte nach dem witterungsbedingt überhöhten Ergebnis des ersten Quartals maßgeblich, so machte sich zum Sommer hin die Verschlechterung des Investitionsklimas bemerkbar. Die günstigen Finanzierungsbedingungen vermochten in diesem Umfeld den Bauinvestitionen keine Impulse zu verleihen. Konjunkturrobust stiegen im Sommerhalbjahr insbesondere die realen Konsumausgaben, die von der Zunahme der Masseneinkommen der privaten Haushalte befördert wurden. Aber auch vom Außenhandel wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gestützt. So sind die Exporte im Sommerhalbjahr stärker gestiegen als die Importe.

ifo Konjunkturprognose 2014/15

Deutsche Wirtschaft gewinnt wieder an Schwung

Leichte Erholung zum Jahresende 2014

Mit einem erneuten Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität ist nicht zu rechnen. Wichtige Indikatoren weisen darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresendquartal 2014 leicht zugenommen haben dürfte. Vor allem der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft hat zum Jahresende eine deutliche Trendwende vollzogen, nachdem er zuvor sechs Mal in Folge gesunken war. Durch den kräftigen Rückgang der Rohölnotierungen wird zudem die konjunkturelle Entwicklung, u.a. über eine Zunahme der binnenwirtschaftlichen Kaufkraft durch Terms-of-Trade-Gewinne, befördert. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im vierten Quartal um 0,2 Prozent gestiegen sein, so dass sich die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt 2014 auf 1,5 Prozent beläuft.

Ölpreistrückgang als Konjunkturstütze für 2015

Im Verlauf dieses Jahres dürften sich die Auftriebskräfte wieder stärker durchsetzen. Die belastenden Faktoren dürften in den unternehmerischen Dispositionen vor allem im Hinblick auf die Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen weitestgehend eingepreist sein, damit dürften die günstigen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft wieder stärker zur Geltung kommen. Die Geldpolitik wirkt weiter expansiv, das Zinsniveau bleibt auf historisch niedrigem Niveau. Die Finanzierungsbedingungen für neue Unternehmensinvestitionen sind weiter äußerst vorteilhaft. Schließlich wirkt die Finanz- und Sozialpolitik per Saldo expansiv. Die Investitionen in neue Anlagen dürften wieder stärker anziehen, die zunehmende Auslastung der Produktionskapazitäten macht Erweiterungsinvestitionen wieder dringlicher. Auch die Bauinvestitionen werden wieder zulegen, die Jahresdurchschnittsrate wird aber aufgrund des kräftigen Unterhangs hinter der diesjährigen Zuwachsrate zurückbleiben. Der private Konsum wird im Tempo der steigenden Realeinkommen expandieren. Alles in allem kommen im Jahr 2015 die Impulse von der Binnenwirtschaft, nicht jedoch vom Außenhandel. Zwar werden die Exporte beschleunigt steigen, da sich die Weltkonjunktur bessert und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft auf Drittmärkten aufgrund der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar zugenommen hat, stärker aber werden die Importe angesichts der erwarteten Binnenkonjunktur zulegen. Insgesamt dürfte das reale Brutto-

inlandsprodukt auch in diesem Jahr um 1,5 Prozent expandieren. Ein Viertel Prozentpunkt davon dürfte allein auf den starken Rückgang der Ölpreise zurückzuführen sein. Die Verbraucherpreise sind im vergangenen Jahr nur um 0,9 Prozent gestiegen, dämpfend wirkte vor allem der Rückgang der Rohölpreise. In diesem Jahr gehen von den Rohölnotierungen annahmegemäß keine preisdämpfenden Impulse mehr aus, zudem verstärkt sich im Gefolge der Einführung eines Mindestlohns der hausgemachte Preisauftrieb. Hier ist unterstellt, dass der mindestlohnbedingte Lohnkostenschub teilweise auf die Verbraucherpreise überwältigt werden kann; die Inflationsrate dürfte sich hierdurch um einen Viertel Prozentpunkt zusätzlich erhöhen. Im Jahresdurchschnitt 2015 wird das Verbraucherpreisniveau aufgrund des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn mit 0,8 Prozent jedoch geringfügig schwächer steigen als in diesem Jahr.

Auch 2015 niedrige Arbeitslosenquote und Haushaltsüberschuss

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Dynamik gegen Jahresende allmählich abgeschwächt. So ist die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr nur um rund 50.000 Personen zurückgegangen. Da die Nettozuwanderung das Arbeitsangebot erhöht hat, dürfte die Erwerbstätigkeit dennoch um durchschnittlich 370.000 Personen zugenommen haben. In diesem Jahr wird die Zunahme der realen Arbeitskosten insbesondere aufgrund des Mindestlohns den Beschäftigungsaufbau dämpfen. So wird wohl vor allem die Nachfrage nach sogenannten Minijobs zurückgehen. Die Arbeitslosigkeit bleibt jedoch annähernd konstant, da ein Großteil der Personen in Minijobs entweder bereits arbeitslos gemeldet ist oder bei Verlust des Arbeitsplatzes nicht in der Arbeitslosenstatistik erscheint. Zudem dürften viele Personen die abschlagsfreie Rente mit 63 nutzen, um sich vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen. Bei alledem steigt die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt um 190.000, und die Arbeitslosenquote geht leicht auf 6,6 Prozent zurück. Das gesamtstaatliche Budget hat im vergangenen Jahr einen Überschuss in Höhe von rund 12 Mrd. Euro (0,4 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts) ausgewiesen. In diesem Jahr dürfte sich der Einnahmeüberschuss auf 3½ Mrd. Euro (0,1 Prozent des BIP) ermäßigen. Die staatliche Bruttoschuldenquote wird Ende 2015 voraussichtlich auf 70 Prozent sinken.

PROF. DR. TIMO WOLLMERSHÄUSER
kommissarischer Leiter des ifo Zentrums
für Konjunkturforschung und Befragungen

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

9. Dezember – Ausschuss Verkehrspolitik

Die „Elektromobilität“ gewinnt an Fahrt. Die deutschen Kfz-Hersteller warten inzwischen mit einer wachsenden Modellpalette auf. Vorsitzender Hans Wormser hatte das Thema deshalb auf die Tagesordnung seines Ausschusses gesetzt. Klaus Ahrweiler, Leiter BMW i Vertrieb Deutschland, referierte über Hintergründe, Stand und Perspektiven.

Foto v.l.n.r. Hans Wormser, Klaus Ahrweiler, GS Dr. Jürgen Hofmann



11. Dezember – Bezirk Kaufbeuren/Ostallgäu

Jahresausklang des Bezirks Kaufbeuren/ Ostallgäu: Die beiden Vorsitzenden Dr. Hans Ketterl und Winfried Nusser hatten nach Hohenschwangau eingeladen. Auf dem Programm: eine Sonderführung durch das neue Museum der Bayerischen Könige – neben den Schlössern Neuschwanstein und Hohenschwangau die dritte Attraktion, die einen Besuch lohnenswert macht. Historiker Magnus Persson lockerte den anschließenden wirtschaftspolitischen Meinungsaustausch im Hotel Restaurant Alpenstuben mit Anekdoten über König Ludwig II. und seine Eltern während ihrer Aufenthalte in Hohenschwangau auf.

Foto: Führung durch das Museum der Bayerischen Könige mit Leiterin Dr. Luitgard Löw



17. Dezember – Ausschuss Energie- und Rohstoffpolitik

Den Schlusspunkt im Veranstaltungskalender 2014 setzte der Energieausschuss kurz vor Weihnachten mit Vorträgen zur Thematik „Ausbau der Höchstspannungsnetze – Brauchen wir den Ausbau? Notwendigkeit und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bei einem umstrittenen Infrastrukturprojekt“. Bekanntlich ist dies in Bayern eine der umstrittensten Fragen der Energiewende. Peter Franke, Vizepräsident der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Dr. Christian Schneller, Leiter des Bereichs Netzausbau der TenneT TSO GmbH, und Ministerialdirektor Dr. Bernhard Schwab, Amtschef im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, referierten unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden Armin Geiß und stellten sich anschließend einer intensiven Diskussion.

Foto v.l.n.r. Dr. Bernhard Schwab, Dr. Christian Schneller, Peter Franke, Armin Geiß



Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder:

- Benning & Company, Elke Benning-Rohnke, Ismaning
- EHB e.K. Eder Handel und Beratung, Erich Eder, Burghausen
- Fliegl Agrartechnik GmbH, Mühldorf
- Gut Theres, Achim Friedrich Graf von Beust, Theres
- NH Hoteles Deutschland GmbH, Elke Gabsteiger, Nürnberg
- VR-Bank Landshut eG, Matthias Steck, MBA, Landshut
- Martin Ehrenhuber, Chromedia GmbH, Künsing
- Daniel Gottal, Erding
- Andrea Hellmann, München
- Sebastian Maciejewski, München
- Dr. Reiner Meisinger, München
- Leonhard Zintl, Waldeck

Sachsen is scheen...

... und wer wissen will, wie die Städte in und um Sachsen zu ihrem Namen kamen, sollte dieses Buch haben!

Sächsisch-Grundkenntnisse wünschenswert!

Rund 50 Jahre hat das sächsische Urgestein mit der scharfen Zunge Zuhörer und Zuschauer in Hörfunk und Fernsehen unterhalten. In „Städtenamen verrückt“ erklärt Manfred Uhlig (87) noch einmal humorvoll, wie Städte zu ihrem Namen kamen. „Städtenamen verrückt“ heißt das neue Buch von Entertainer Manfred Uhlig. Darin hat er die witzigsten Erklärungen, wie Städte zu ihrem Namen kamen niedergeschrieben. Erzählt hatte er sie bereits in einer gleichnamigen Rubrik im Radio – gestartet 1965 in der Radiosendung „Alte Liebe rostet nicht“. Auch auf MDR 1 RADIO SACHSEN war der Sachse damit zu hören. Bei „MDR um 4“ plauderte er über das Buch und die darin gesammelten Anekdoten.

Buch, illustriert, 264 Seiten, 1. Auflage Deutsch, erschienen: 18.11.2014, ISBN: 978-3-906212-13-5, 14,90 Euro
Erhältlich in Ihrem Buchhandel oder direkt in unserer Verlagsbuchhandlung unter: www.weltbuch.com/buch. Hier bieten wir zahlreiche Bezahlmöglichkeiten und selbstverständlich versandkostenfrei.

Weltbuch Verlag GmbH
www.weltbuch.com

weltbuch

Terminvorschau

19. Februar, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik: Prof. Dr. Martin Burgi, LMU München/ Institut für Politik und Öffentliches Recht, „Ökostromförderung – Grenzüberschreitung der Wirtschafts- und Sozialverfassung des Grundgesetzes?“

23. Februar, München

Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: Dr. Maximilian Gaßner, Präsident des Bundesversicherungsamts, „Gesundheitsfonds und Risikostrukturausgleich – alternative Finanzierungsmöglichkeiten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)“

24. Februar, München

Bezirk München: Josef Schmid, 2. Bürgermeister und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, „Wirtschafts- und Standortpolitik für ein zukunftsfähiges München“

24. Februar, Memmingen

Bezirk Memmingen: 3. Memminger Frühstück mit Klaus Holetschek, MdL, Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Pflege, „Zukunftsgerichtete Gesundheits- und Pflegepolitik“

26. Februar, Neuburg am Inn

Bezirk Passau: Hans Wenzl, Gründer von DUKRA agro (UA) im Jahr 2003, Betreiber eines über 4.500 ha großen landwirtschaftlichen Betriebes in Rogi/Ukraine, „Pulverfass Ukraine?“

27. Februar - 1. März, Spitzingsee

Junger Wirtschaftsbeirat: Skiwochenende am Spitzingsee

2. März, München

Ausschuss für Außenwirtschaft: Klaus Dittrich, Vorsitzender Geschäftsführung Messe München, „Messen als Motor“

12. März, Beilngries

Bezirk Jurakreis: Albert Füracker, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, „Highspeed Internet und mehr – Bayerns Zukunft als Unternehmensstandort aktiv gestalten“

16. März, München

Ausschuss für Tourismus: „Chancen und Risiken durch den steigenden Gästeanteil aus anderen Kulturkreisen“

17. März, München

Bezirk München: Münchner Wirtschaftstag mit Impulsreferaten von Josef Schmid, Zweiter Bürgermeister und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft der Landes-

hauptstadt München; Felix Hasse, Partner von PWC München und Leiter des Kompetenzbereichs „Digitales und Smart City“; anschließend Podiumsdiskussion mit den Referenten und Prof. Wolfram Winter, Executive Vice President Sky Deutschland AG, Dr. Günther Bauer, Vorstand Innere Mission München; Moderation: Peter Althammer; „Soll der Standort München in der Championsleague spielen? Was wäre dafür zu tun? Wie kann die Skepsis gegenüber Weiterentwicklung aufgelöst werden? Wodurch lässt sich Aufbruchstimmung erzeugen?“

18. März, München

Bezirk München: Staatsministerin Emilia Müller, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration; Harald Neubauer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit München; Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, „Qualifikation von anerkannten Flüchtlingen und gesteuerte qualifizierte Zuwanderung – Chance und Notwendigkeit“

23. März, Aschaffenburg

Bezirk Aschaffenburg: „Mindestlohn“

26. März, München

Ausschuss für Umweltpolitik: Dr. Rudolf Staudigel, Vorstandsvorsitzender Wacker Chemie AG

26. März, München

Bezirk Ingolstadt: Prof. Dr. Key Pousttchi, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Augsburg, „Wie Smartphones

und Big Data die Realwirtschaft verändern werden – strategische Implikationen der Digitalisierung für Deutschland u. Europa“

23.- 24. April, Bamberg

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Bayerisch-Sächsische Wirtschaftstage, „Digitaler Aufbruch“

6. Mai, Memmingen

Bezirk Memmingen: Henry Schubert, Dipl.-Wirtschaftsjapanologe, „Kampfkunst und Management“

11. Mai, München

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Dr. Carsten Linnemann, MdB

13. Mai, Weiden

Bezirk Weiden/Nordoberpfalz: 2. Nordoberpfälzer Wirtschaftstag

19. Juni, Fraueninsel

Bezirk Berchtesgadener Land: Frauenwörter Gespräche mit Manfred Weber, MdEP

29. Juni, München

Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: Prof. Dr. Günter Neubauer, Direktor des Institut für Gesundheitsökonomik, „Die Demografie als Herausforderung für unser Gesundheitswesen“

22. Juli, Rothenburg o.d.T.

Bezirk Ansbach/Westmittelfranken: Dr. Heinrich Bedford-Strohm, EKD Ratspräsident

23. November, München

Generalversammlung



Broschüren, Kataloge, Kunden-/Mitarbeiterzeitungen, Magazine, Grafikdesign, Marketing und Werbung gestalten wir und setzen diese für Sie effizient, schnell und preiswert um, ohne dass Sie auf Ihre gewohnte Qualität verzichten müssen. Nutzen Sie unsere Erfahrung, Professionalität, Flexibilität und Kosteneffizienz. Kurz gesagt: Wir **MACHEN** das schon für Sie!

ddmedia

Medien- und Marketingdienstleistungen
[Eine Marke der Weltbuch Verlag GmbH]

Enderstr. 59 | 01277 Dresden | T: 0351 4794244
F: 0351 4794245 | Internet: www.ddmedia.info